



Der Bund
3001 Bern
031/ 385 11 11
www.derbund.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 46'575
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 605.011
Abo-Nr.: 605011
Seite: 9
Fläche: 67'037 mm²

Windräder verbieten, solange die Atomkraftwerke laufen

Im Kanton Aargau stimmen die Bürger wohl bald über ein Windkraftmoratorium ab. Das Bundesamt für Energie lehnt die Volksinitiative ab. Das weckt Kritik.



Auf dem Mont Croisin im Berner Jura betreibt die BKW seit Jahren 16 Windturbinen. Foto: Gaëtan Bally (Keystone)

Stefan Häne

Die Ziellinie liegt in Griffweite. Mehr als 2800 beglaubigte Unterschriften haben Cornelius Andreaus und seine Mitstreiter auf sicher. Noch bis zum 17. Mai haben sie Zeit, um die Zahl auf 3000 oder mehr zu erhöhen und so ihre Volksinitiative «Windkraftmoratorium Aargau» zur Abstimmung zu bringen. Die Initianten versuchen, die Aargauer Bevölkerung im Ge-

spräch auf der Strasse von ihrem Ansinnen zu überzeugen, wie die «Rundschau» am Mittwoch gezeigt hat. Dass sie damit Erfolg haben, steht für Andreaus ausser Frage, wie er dem «Bund» sagt.

Eine Abstimmung über die Windenergie wäre auf Kantonsebene zwar keine Premiere. Am 18. Mai entscheiden die Neuenburger Stimmberechtigten über eine Volksinitiative, die verlangt, dass der Staatsrat künftig jedes Windenergiepro-

jekt einzeln dem Volk vorlegen muss. Die Aargauer Variante indes geht weiter, da sie die Bevölkerung zu einem Grundsatzentscheid zur Windkraft zwingt. So soll der Kanton keine Standorte für den Betrieb von Windkraftanlagen in den Richtplan aufnehmen dürfen, solange Atomkraftwerke in Betrieb sind und zudem nicht nachgewiesen ist, dass es für eine ausreichende Stromversorgung der Schweiz Windenergie aus dem Kanton

Der Bund
3001 Bern
031/ 385 11 11
www.derbund.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 46'575
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich



suisse·éole 

Themen-Nr.: 605.011
Abo-Nr.: 605011
Seite: 9
Fläche: 67'037 mm²

Aargau braucht. Die Initiative hat rückwir-

Windenergie

Abstimmung in Neuenburg

Das Neuenburger Volk stimmt am 18. Mai über die von Windenergiegegnern lancierte Volksinitiative «Avenir des crêtes, au peuple de décider» ab. Gleichzeitig entscheiden die Bürgerinnen und Bürger über einen Gegenvorschlag des Grossen Rates, der praktisch oppositionslos verabschiedet worden ist. Bei einem Ja zur Initiative müsste der Staatsrat, also die Regierung, jedes Windenergieprojekt einzeln dem Volk vorlegen. Demgegenüber sieht der Gegenvorschlag andere Massnahmen vor, so ein Maximum von fünf Windenergiestandorten im Kanton. Zudem soll für jeden Standort die maximale Anlagenzahl definiert werden. Der Ausbau der Windenergie ist ein Pfeiler der Energiestrategie des Bundesrats. Bis 2050 soll die Stromproduktion von heute etwas mehr als 100 Gigawattstunden (GWh) auf 4200 GWh pro Jahr steigen. Zur Einordnung: In der Schweiz werden derzeit jährlich 60 000 GWh Strom verbraucht. Der Anteil der Windenergie an der Gesamtproduktion liegt demnach unter 0,2 Prozent. Suisse Eole, die Vereinigung zur Förderung der Windenergie in der Schweiz, strebt einen Ausbau der Windenergie bis 2035 auf 6000 GWh an. (sth)

kenden Charakter: Anlagestandorte, die bereits im Richtplan eingetragen sind, müssten nach einer Annahme wieder gestrichen werden. Davon betroffen wären fünf geplante Projekte, die gemäss ihren Promotoren Windstrom für rund 100 000 Menschen generieren könnten. Strenge Regeln fordern die Initianten auch für den Fall, dass die skizzierten Bedingungen erfüllt sind. Standorte sollen demnach nur noch Eingang in den Richtplan finden, wenn das nächste Gebäude mindestens 3 Kilometer und das nächste Naturschutzgebiet mindestens 1 Kilometer entfernt sind. Zudem dürfen durch den Betrieb der Windanlagen keine Risiken für Mensch und Tier entstehen – «nachweisbar», wie es im Initiativtext heisst.

Initiant Andreus, ein Atomkraftbefürworter, ist als Anwohner direkt betroffen von einem geplanten Windparkprojekt in den Gemeinden Oberhof AG und Kien-

berg SO. Dass dies das einzige Motiv für seinen Kampf ist, bestreitet der gebürtige Walliser. «Die Energiewende verkommt zu einer staatlichen Planwirtschaft», sagt er und verweist auf die Ökostromabgabe KEV, mit welcher der Bund erneuerbare Energien wie die Windkraft «auf Teufel komm raus» fördere. Der Preis dafür sei zu hoch: ein zerstörtes Landschaftsbild, entwertete Liegenschaften, tote Vögel, vom Lärm der Windräder geplagte Menschen.

Bundesgeld für Initiativgegner

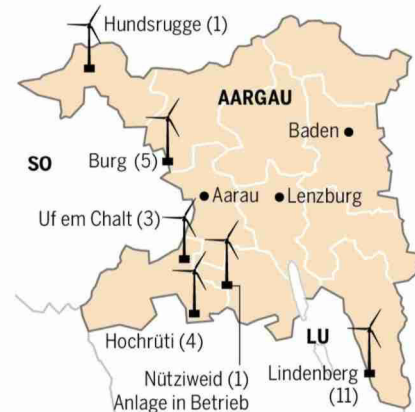
Auf die Hilfe von Parteien konnten die Initianten bislang nicht zählen. Eine «Bund»-Umfrage bei den Fraktionspräsidenten im Aargauer Grossen Rat zeigt: Das rot-grüne Lager dürfte das Anliegen geschlossen ablehnen; bei SVP, CVP und BDP ist die Positionierung noch unklar. Offen Sympathien bekundet bislang einzig die FDP. Als Trumpf erweisen könnte sich ihr Grossrat Johannes Jenny, der als Geschäftsführer von Pro Natura Aargau im ökologischen Lager Überzeugungsarbeit leisten kann.

Die Initianten versprechen sich vom Ausgang der Abstimmung eine «Signalwirkung» für die Energiewende, wie Andreus sagt. Bedeutungsschwer ist der Urnengang, weil der Aargau als Energiekanton gilt. Hier stehen drei der fünf Schweizer Atomkraftwerke, zudem ist er Heimat von Energieministerin Doris Leuthard. Entsprechend hoch gewichten auch die Befürworter der Windenergie die Aargauer Moratoriumsinitiative. «Sie torpediert die Energiestrategie des Bundes», sagt Nationalrat Bastien Girod von den Grünen. Ebenso gefährde sie die Versorgungssicherheit der Schweiz, insbesondere im Winter, wo die Windenergie die Wasserkraft und die Solarenergie ergänze.

Die Vereinigung zur Förderung der Windenergie (Suisse Eole) erwägt angesichts der Sprengkraft der Initiative, sich im Abstimmungskampf zu engagieren. Dabei könnten indirekt Bundesgelder fließen, denn Suisse Eole erhält vom Bundesamt für Energie (BFE) Support für «Informationsarbeit», wie sich Suisse-Eole-Vizepräsident Girod ausdrückt. In diesem Jahr sind es laut Girod rund 200 000 Franken. «Über das Mandat Informationsarbeit des

Windstrom für 100 000 Menschen

24 geplante Anlagen im Kt. AG und im Grenzgebiet AG/SO und AG/LU



TA-Grafik ib / Quelle: AEW Energie AG

BFE könnten wir aber lediglich über die Auswirkungen der Initiative informieren.» Ein weitergehendes Engagement im Abstimmungskampf könne allenfalls über die Beiträge der Suisse-Eole-Mitglieder erfolgen, so Girod. Initiant Andreus kritisiert diesen Support scharf. Das BFE entgegnet, die finanzielle Unterstützung von Suisse Eole erfolge seit zehn Jahren im Rahmen des Programms Energie Schweiz und diene unter anderem dem Zweck, den Anteil der erneuerbaren Energien durch Aufklärungsarbeit zu steigern. Lobbying werde nicht mitfinanziert, sondern nur «neutrale Grundlageninformationen».

Nicht neutral ist hingegen der Stelungsbezug des BFE zur Aargauer Initiative: Leuthards Amt findet ein kantonales Moratorium «keine gute Idee», weil es der Energie-Strategie 2050 entgegenwirke. Bürgerliche Energiepolitiker im Bundeshaus taxieren diesen Positionsbezug als Propaganda. Nationalrat Christian Wasserfallen (FDP) spricht von einer «nicht haltbaren Einmischung» des BFE in eine kantonale Angelegenheit.

Mehr Informationen zum Thema Windenergie im Dossier Energiezukunft.

www.energie.derbund.ch